Interpellation SP-GRÜ-Fraktion vom 14. September 2015

Nationaler Innovationspark NIP: Konsequenzen für St.Gallen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 27. Oktober 2015

Die SP-GRÜ-Fraktion erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 14. September 2015 nach der Auslegeordnung der Regierung zur Ablehnung der Kandidatur zu einem Netzwerkstandort Ost. Sie will wissen, worin die grössten Mängel in den Bewerbungsunterlagen bestanden, und welche Lehren für zukünftige Projekte dieser Bedeutung gezogen werden. Des Weiteren interessiert sie, ob die Regierung beabsichtigt, ein neues Projekt aufzugleisen und ob die für den Aufbau des Netzwerkstandorts eingepflanzten Mittel auf neue Ziele der Standortförderung ausgerichtet werden.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Mit dem Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation (SR 420.1; abgekürzt FIG) haben die eidgenössischen Räte im Jahr 2012 die gesetzlichen Grundlagen für die Unterstützung des Bundes zugunsten eines Innovationsparks geschaffen. Die Idee eines Schweizerischen Innovationsparks geht zurück auf die von beiden eidgenössischen Räten überwiesene Motion 07.3582 «Einrichtung eines Parc d'innovation suisse». Die Motion fordert den Bund auf, den ausländischen Beispielen zu folgen und die Errichtung von Innovationsparks durch Abgabe von geeigneten Flächen aus Bundesbesitz zu ermöglichen. Der Innovationspark soll dazu beitragen, verstärkt Forschungseinrichtungen von arrivierten, international ausgerichteten Unternehmen anzusiedeln und damit letztlich mehr private Forschungsinvestitionen in die Schweiz zu holen.

Der Bund leistet seine Unterstützung für den Schweizerischen Innovationspark in Form einer Bürgschaft. Damit kann die Stiftung «Swiss Innovation Park» Fremdkapital zu bevorzugten Konditionen aufnehmen, um Darlehen zur Finanzierung von Forschungsinfrastrukturen (Geräte, Einrichtungen) zu gewähren. Zudem will der Bund für den Innovationspark Grundstücke im Besitz des Bundes im Baurecht zur Verfügung stellen. Die Aufnahme zusätzlicher Standorte unterliegt der Genehmigung durch den Bundesrat. Die Standorte müssen grundsätzlich selbsttragend und eigenfinanziert sein. Zudem ist aus Sicht des Bundes jeder Standort nicht nur für das Bereitstellen geeigneter Entwicklungsflächen, sondern auch für die Erschliessungskosten zuständig und hat hierfür autonom geeignete Finanzierungsmodelle zu finden. Der Bund tritt in der nationalen Trägerschaft nicht als Träger auf, sondern schliesst mit der dafür vorgesehenen Stiftung nach FIG einen öffentlich-rechtlichen Vertrag ab.

Der Bund bestimmte im Frühling 2013 die Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) als institutionellen Partner für die vordringlichen strategischen und organisatorischen Fragen bei der Umsetzung des neuen Gesetzes. Die VDK vertrat dabei formell die Sicht aller Kantone und unterstützte somit den umfassenden nationalen Ansatz. Der Bund beauftragte die VDK, die Grundstruktur des Innovationsparks und das Gesamtkonzept zur konkreten Ausgestaltung des Innovationsparks zu erarbeiten. Im Juni 2013 beschloss die VDK, dass der Innovationspark in Anlehnung an das revidierte FIG ein Netzwerk der Kompetenzen mit zwei Hub- und weiteren Netzwerkstandorten bilden soll. Dabei sollten die Standorte der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH) in Lausanne und Zürich auf Grund der weltweit anerkannten Ausstrahlungskraft als sogenannte Hubstandorte aufgebaut werden. Des Weiteren sprach sich die VDK für die Komplementarität der Standorte aus. Im November 2013 eröffnete die VDK ein internes Auswahlverfahren für die Netzwerkstandorte. Die Kantone hatten bis Ende März 2014 Zeit, ihre Projekte einzureichen. Die Ein-

gaben wurden durch ein Expertengremium ausgewertet und im Juni 2014 durch die VDK dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung als ein konsolidiertes Konzept zugeleitet.

Die Stadt St.Gallen hat früh ihr Interesse am Schweizerischen Innovationspark signalisiert. Die Machbarkeitsstudie «Innovation St.Gallen Plus» der Stadt St.Gallen aus den Jahren 2012/2013 nahm Bezug auf den geplanten Innovationspark und klärte die Einbettung und Positionierung des Standorts «Lerchenfeld» in dieses Netzwerk. Der Abgleich mit dem VDK-Kriterienkatalog im Herbst 2013 zeigte, dass die Machbarkeitsstudie «Innovation St.Gallen Plus» als Grundlage für eine Kandidatur des «Lerchenfeld» nicht genügte. Das Innovations- und Leistungsportfolio der Region war in den Projektunterlagen umfassend darzustellen.

Das Volkswirtschaftsdepartement führte zur Ausrichtung des Netzwerkstandorts Ost (NWS Ost) direkte Gespräche mit dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI). Die unmittelbaren Projektbeteiligten waren sich einig, dass auf Grund der international anerkannten Qualität der Forschung und der Komplementarität zu den übrigen Standorten der NWS Ost auf die Universität St.Gallen (HSG) auszurichten sei. Das SBFI begrüßte diese Ausrichtung. In der Folge übernahm die HSG den Projektlead. Die EMPA, die Stadt St.Gallen und das Amt für Wirtschaft und Arbeit waren in die Erarbeitung der Bewerbungsunterlagen eng eingebunden. Mit dem Forschungsbereich «Künftige Produktionssysteme» wurde ein klarer Fokus auf die in der Region Ostschweiz stark vertretene international produzierende Industrie gelegt. Die Zeitvorgaben waren insgesamt sehr ambitioniert. Dennoch konnte die Kandidatur fristgerecht eingereicht werden. Darin enthalten waren Absichtserklärungen von 14 Unternehmen der Ostschweiz und dem grenznahen Ausland zum NWS Ost. Bis Ende März 2014 wurden insgesamt acht Projekte bei der VDK eingereicht.

Nach Auswertung aller Kandidaturen hat das Expertengremium empfohlen, das Projekt NWS Ost nicht in die Startformation des Innovationsparks aufzunehmen. Die Experten halten in ihrem Bericht an die VDK fest, dass die HSG keinen kompetenten Beitrag im Bereich «Innovative Produktion» leisten kann, was aufgrund der Vorarbeiten ein überraschender und bedauerlicher Befund war. Ausserdem wird der Nicht-Einbezug der Fachhochschulen kritisiert. Im Bereich Raumplanung erhält die Bewerbung sehr gute Noten. Das Expertengremium empfiehlt, in einer späteren Kandidatur entweder eine umfassende und stark ingenieurgetriebene Neu-Positionierung im Bereich «Künftige Produktionssysteme» (ohne HSG) vorzunehmen oder im Bereich «Dienstleistungsinnovationen» (mit HSG) einen Schwerpunkt zu setzen. Ausserdem sollten die Fachhochschulen einbezogen und mehr industrielle Kompetenz gezeigt werden.

Die Experten haben die Projekte des Kantons Aargau und der Nordwestschweizer Kantone (Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Jura) zur direkten Aufnahme in die Startformation vorgeschlagen. Die VDK beantragte daraufhin dem Bund, dass sich die sechs verbleibenden Projekte im Rahmen eines nächsten Verfahrensschritts bis spätestens zu Beginn des Betriebs des Innovationsparks auf Anfang 2016 einer Nachqualifikation stellen können. Dadurch sollte ein möglichst breites Feld an kompetenten Partnern für den Start des Innovationsparks ab Anfang 2016 sichergestellt werden. Der Bund stimmte dem Antrag der VDK zu.

Das Volkswirtschaftsdepartement lud die Forschungspartner (HSG, EMPA, FHSG, HSR, NTB) und den Stadtpräsidenten von St.Gallen Ende Juni 2014 zu einer Aussprache ein. Dabei wurde auch die von den Experten geforderte Weichenstellung diskutiert. Aufgrund der industriellen Dichte der Ostschweiz war klar, dass der inhaltliche Fokus auf das Thema «Künftige Produktionssysteme» gerichtet sein musste. Aufgrund des Befunds des Expertenberichts konnte die HSG im Nachverfahren nicht mehr im Projektlead sein. Aufgrund dieser Ausgangslage rekrutierte das Volkswirtschaftsdepartement einen Projektleiter mit ausgewiesener Forschungs- und Industrieerfahrung. Das Projekt wurde in der Folge unter Einbezug von Unternehmen sowie den Forschungspartnern

(EMPA, FHSG, HSR, NTB, HSG) überarbeitet. Im Hinblick auf die von den Experten vorgeschlagene Neu-Positionierung wurden konkret die Forschungseinrichtungen sowie bedeutende und technologieführende Unternehmen zur Schärfung der Technologiefelder analysiert. Die Analyse diente als Grundlage für den Workshop vom 12. Dezember 2014 mit den beteiligten Forschungspartnern sowie unter Einbezug des Departementvorstehers und dem Stadtpräsidenten von St. Gallen. Dabei herrschte Konsens, dass eine ingenieurgetriebene Neu-Positionierung mit Schwerpunkt «Intelligente Produktionssysteme» weiterverfolgt werden sollte. Am 15. Dezember 2014 eröffnete der Bund formell das Nachverfahren. Die Eingabefrist wurde kurzfristig auf den 27. März 2015 festgelegt.

Das technologische Leistungsportfolio wurde mit den Forschungspartnern erarbeitet. Parallel dazu fanden Gespräche mit CEOs und CTOs regional ansässiger kleiner und mittlerer Unternehmen und Grossunternehmen statt. Insgesamt war der Kanton mit 31 Unternehmen in Kontakt, darunter auch mit solchen aus dem Erstverfahren. Die produzierende Industrie bestätigte die Wichtigkeit des Themas «Intelligente Produktionssysteme». Auf Grund der Gespräche konnten die Technologiefelder für den NWS Ost weiter geschärft werden. Die produzierende Industrie unterstrich aber auch die Bedeutung der HSG für die marktnahe Umsetzung von künftigen Innovationsprojekten. Parallel zu diesen Gesprächen wurden die Forschungspartner aufgefordert, für die Projektunterlagen ihre technologischen Kompetenzen in Bezug auf «Intelligente Produktionssysteme» zusammenzustellen. Die Kapitel des Bewerbungsdossiers zur Innovations- und Leistungsfähigkeit des NWS Ost wurden im Februar 2015 allen Forschungspartnern zur erneuten inhaltlichen Prüfung zugestellt. 13 weitere Unternehmen gaben eine Absichtserklärung zum NWS Ost ab. In finanzieller Hinsicht kamen einige wenige Zusagen, wobei insbesondere die Würth-Gruppe eine substantielle Finanzierungszusage leistete. Schliesslich wurde das Dossier am 25. März 2015 beim Bund eingereicht. Am 26. März 2015 stellten der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements zusammen mit dem Direktor der EMPA und einem Mitglied der Konzernleitung der Würth-Gruppe das Projekt NWS Ost den Medien vor. Im Juni 2015 erhielt das Volkswirtschaftsdepartement eine erneute Absage für einen NWS Ost.

Zu den einzelnen Fragen:

1./2. Nach Einschätzung der Regierung war die Vernetzung mit der Wirtschaft nicht ausreichend. Das Thema war zwar angesichts der Herausforderungen der Ostschweizer Industrie richtig angelegt, aber trotzdem relativ breit, was in der Kommunikation anforderungsreich war. Hingegen verneint die Regierung die Aussage, dass die Forschungspartner nicht eingebunden waren. Die geforderte technologiegetriebene Neuausrichtung unter Einbezug der Fachhochschulen hat zur inhaltlichen Verbreiterung des NWS Ost beigetragen. Auf Grund des Expertenurteils aus dem Erstverfahren war die Rekrutierung eines Projektleiters mit Industrie- und Forschungserfahrung richtig. Die befristete Stelle wurde im Stellenplan im Rahmen des Budgets 2015 ausgewiesen.

In der zur Verfügung stehenden Zeit war es nicht gelungen, eine genügend grosse Anzahl an Unternehmen aus der Region hinter das Projekt NWS Ost zu bringen. Das Projekt war noch nicht soweit gediehen, dass der Industrie der Mehrwert durch eine gemeinsame Forschungs- und Innovationsplattform ausreichend plausibel dargestellt werden konnte.

3. Der Zeitplan bis zur Eingabefrist war äusserst knapp bemessen. Ebenso hat der NWS Ost verdeutlicht, wie wichtig für den Erfolg eines Innovationsprojekts die Pfeiler «Politik, Forschung und Unternehmen» sind. Der konkrete und praktische Einbezug der Unternehmen war nicht ausreichend.

4. Ja. Das weitere Vorgehen wird in Antwort zu Frage 6 beschrieben.

5. Die ETH Zürich sucht keinen neuen Standort für Departemente, sondern lagert aus feuerpolizeilichen Gründen Versuchsanlagen mit geringem Platzbedarf nach Dübendorf aus. Die Diskussion rund um einen ETH-Standort Wil-West und die Kandidatur für einen NWS Ost sind ohne Zutun der Regierung parallel verlaufen. Die beiden Themenbereiche fallen innerhalb der ETH in die Zuständigkeit unterschiedlicher Ressorts. Ob die parallele Diskussion zu diesen Projekten kontraproduktiv war, lässt sich nicht abschliessend beurteilen. Generell ist es für Entscheidungsträger in eidgenössischen Institutionen wichtig, dass die Kantone und Regionen – mithin auch die Ostschweiz – klare und nachvollziehbare Signale gegenüber dem Bund aussenden.
6. Wie eingangs erwähnt, ist in einem nächsten Schritt die Zusammenarbeit mit den Unternehmen zu vertiefen. Anschliessend ist zu prüfen, ob eine neuerliche Eingabe Sinn macht.

Die EMPA hat Standorte in Dübendorf, St.Gallen und Thun. Folglich ist St.Gallen durch die EMPA in den Schweizerischen Innovationspark miteingebunden. Der ETH-Rat hat für den ETH-Bereich den Aufbau eines strategischen Fokusbereichs in fortgeschrittenen Produktionsverfahren in den Jahren 2017 bis 2020 festgelegt. Die EMPA wird voraussichtlich die Bereiche Beschichtungen, additive Fertigung sowie Industrie 4.0 in den kommenden Jahren an ihren drei Standorten gezielt stärken. Im Gespräch sind der Aufbau von einem oder mehreren Center(s) of Advanced Manufacturing, die zusammen mit den Kompetenzen in der Westschweiz, z.B. in Biel oder Neuenburg, ein schweizweites Netzwerk zur Entwicklung von Produktionsverfahren darstellen würden. Mit dieser Strategie wird ein wichtiger Teil des Konzepts «NWS Ost» abgedeckt. Die Regierung begrüsst und unterstützt diese Entwicklung darum mit Nachdruck.

Die inspire AG ist ein vom Bund gefördertes Technologiekompetenzzentrum und strategischer Partner der ETH Zürich. Der Bereich «Additive Fertigung» von inspire ist am Standort der EMPA in St.Gallen. Die Regierung unterstützt die diesbezüglichen Anstrengungen von inspire (vgl. Medienmitteilung vom 21. August 2013). Ausserdem ist inspire kürzlich eine strategische Partnerschaft mit RhySearch eingegangen (vgl. Medienmitteilung vom 9. September 2015). Insgesamt würde dieser Bereich gut in ein schweizweites Produktionsnetzwerk im Bereich Advanced Manufacturing passen. Die Regierung unterstützt diese Bestrebungen.

Das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal «RhySearch» ist aktiv daran, in den Bereichen optische Beschichtungen und Ultrapräzisionsfertigung Entwicklungskapazität aufzubauen. Dieser Beschichtungsteil ist komplementär zu den Kompetenzen der EMPA und schweizweit einzigartig. Beide Bereiche sind im Verbund oder als Teil der Zentren für fortgeschrittene Produktionsverfahren denkbar.

7. Der verstärkte Einzug der Informations- und Kommunikationstechnologien in die Fertigung wird die Produktion in den industrialisierten Ländern tiefgreifend und nachhaltig verändern. Das geschieht beispielsweise in der Automobilindustrie vielfach bereits heute. Mit der zunehmenden Verschmelzung von virtuellen und physischen Systemen entstehen «intelligente» Fabriken. Darin steuern sich vernetzte Maschinen und Werkstücke selber, und der Mensch überwacht auf elektronischem Weg den gesamten Produktionsprozess, der über das eigene Unternehmen hinaus das Netzwerk von Lieferanten und Kunden umfasst.

In der Kommission, die das Geschäft 22.14.02 «II. Nachtrag zum Standortförderungsgesetz» vorberiet, wurden in einem Votum die Anstrengungen für solche Produktivitätssteigerungen mit Blick auf die Beschäftigung kritisch hinterfragt. Angesichts des globalen Wettbewerbs müssen die Unternehmen allerdings laufend die Produktivität verbessern, damit die Arbeitsplätze in der Schweiz gesichert werden können. Damit verbunden ist ein kontinuierlicher Wandel

hinsichtlich Qualifikation der Mitarbeitenden. Ein entscheidender Faktor dabei ist eine langfristige Personalplanung. Die Betriebe müssen in die Weiterbildung und Umschulung ihrer Beschäftigten verstärkt investieren, um sich für die digitale Zukunft zu rüsten.

8. Die im Sonderkredit für die Aufbaukosten des NWS Ost eingestellten Finanzen bleiben für Projekte in der Innovationsförderung reserviert. Die Regierung greift die Digitalisierung in der industriellen Fertigung auch im Aktionsplan «Wirtschaftsstandort 2025»¹ auf. Folgeprojekte sind in Diskussion, die unter Umständen über die Neue Regionalpolitik (NRP) mitfinanziert werden können. Den Themenschwerpunkt hat die Regierung im NRP-Umsetzungsprogramm 2016-2019 gegenüber dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) festgehalten. Das SECO hat dies positiv bewertet.

¹ Vgl. http://www.awa.sg.ch/home/Weitere_Themen/wirtschaftsstandort-2025.html.